„Weitere Anstrengungen werden erwartet“

Finanzsenatorin Karoline Linnert über die Bewertung Bremens durch den Stabilitätsrat in Berlin

In dieser Woche hat in Berlin der Stabilitätsrat getagt, das Gremium, das über die Haushaltsentwicklung finanzschwacher Bundesländer wacht und in dem der Bundesfinanzminister ebenso vertreten ist wie alle seine Amtskollegen aus den Ländern. Bremen wurde bescheinigt, es habe sparsam gewirtschaftet – verbunden allerdings mit dem Hinweis, dass das Land seine Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung womöglich bald noch verstärken müsse. Wigbert Gerling sprach mit der grünen Finanzsenatorin Karoline Linnert.

Ist der Eindruck richtig, dass Bund und Länder die Bremer Finanzpolitik weitaus schärfer kontrollieren als in der ersten Sanierungsphase?
Karoline Linnert: Der Eindruck stimmt. In der ersten Sanierungsphase wurde auch kontrolliert, wie sich Bremen finanzpolitisch entwickelt, aber nun ist eine deutlich kürzere Leine angesagt. Unsere Gesprächspartner dort sind absolut informiert über das, was hier geplant und beschlossen wird – ob über die Zukunft des Universums oder den Bau eines Offshore-Hafens. Wer den Stabilitätsrat unterschätzt, der macht einen Fehler.

Ist dabei auch der bremische Beschluss angesprochen worden, wonach die Tariferhöhungen nicht auf die höher bezahlten Beamten übertragen werden soll?
Auch das. Berlin hat verfolgt, dass wir auch in diesem Punkt den Anforderungen an ein Land mit akuten Haushaltsproblemen gerecht werden.

Und Sie sind darüber zur Buhfrau geworden, auch, weil Sie angesichts des Beamtenprotests von Kindergarten-Verhalten gesprochen haben.
Mir war schon klar, dass das Thema Beamtenbesoldung mir in besonderer Weise persönlich angelastet wird. Es gibt aber einen Beschluss des Senats, wonach die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen mehr Geld erhalten und die in den höheren Besoldungsstufen keine Gehaltserhöhung bekommen. Der Grund: Wir haben einfach das Geld nicht. Diese Entscheidung ist allen Senatsmitgliedern schwer gefallen – auch mir. Ich wollte in der Auseinandersetzung darüber niemanden beleidigen, möchte aber auch selbst nicht beleidigt werden. Ich bin gesprächsbereit, und wenn ich etwas zur Glättung der Wogen beitragen kann, dann will ich das gerne tun.

Wie nehmen Sie die Mahnung des Stabilitätsrats auf, dass Bremen womöglich bald aufgefordert werden muss, seine Bemühungen um eine Haushaltssanierung zu verstärken?
Die Bundesländer, die im Stabilitätsrat zusammenkommen, haben einstimmig festgestellt, dass Bremen im vergangenen Jahr die finanzpolitischen Verpflichtungen mit einer sparsamen Haushaltsführung eingehalten hat. Deshalb wird ja auch wieder die Unterstützung von Bund und Ländern in Höhe von 300 Millionen Euro gewährt. Das ist das eine. Zudem wird die geplante Entwicklung der nächsten Jahre bewertet. Und in dem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob Bremen mit Blick auf die weiteren Perspektiven womöglich zu einer Verstärkung des Konsolidierungskurses aufgefordert werden muss. Anders gesagt: Es wurde Bremen ins Stammbuch geschrieben, dass weitere Anstrengungen erwartet werden. Und der Stabilitätsrat ist berechtigt, konkrete Maßnahmen einzufordern, wenn ein Sanierungsland seine finanzpolitischen Ziele zu verfehlen droht.

„Wer den Stabilitätsrat unterschätz, der macht einen Fehler“: Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) musste in Berlin Rechenschaft über die Bremer Sparbemühungen ablegen. FOTO: KOCH

Wirkt da nicht der viel zitierte Finanzpuffer entschärfend, diese rund 200 Millionen Euro, die Bremen laut Regelwerk des Stabilitätsrats in diesem Jahr noch an Krediten aufnehmen dürfte, aber nicht aufnimmt?
Sie meinen den Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Neuverschuldung. Auch dies spielte vor dem Stabilitätsrat in Berlin eine Rolle. Wir brauchen diesen Sicherheitsabstand. Er schmilzt in den kommenden Jahren rasant. In 2016 beträgt er nur noch gut zehn Millionen Euro – das liegt unter anderem an der neuesten, niedrigeren Steuerschätzung und den höheren Ausgaben als bisher veranschlagt, zum Beispiel für Bildung und Kinderbetreuung. Und deshalb müssen wir gegenüber Bund und Ländern genau benennen, welche weiteren Schritte in den kommenden Jahren zur Haushaltskonsolidierung beitragen können.

Können Sie denen nicht viel erzählen?
Von wegen. Der Stabilitätsrat will genau und mit Daten unterlegt gemeldet bekommen, was wir tun wollen, um finanzpolitisch klarzukommen und die Anforderungen an eine Konsolidierung zu erfüllen. Da hat man mit Allgemeinplätzen keine Chance. Wir fangen bei uns selber an und werden weiter bei der Modernisierung der Verwaltung einen Schwerpunkt setzen. Dazu wird der Senat in Kürze eine Arbeitsgruppe einsetzen. Wir brauchen konkrete Maßnahmen für den nächsten Bericht an den Stabilitätsrat im Herbst.

Welche Themenfelder haben Sie im Auge?
Wir wollen unsere eigene Verwaltungsarbeit verbessern – unter anderem mit dem kostensparenden Einsatz moderner Computertechnik, besserem Forderungsmanagement und einer effizienteren Zusammenarbeit zwischen Bremen und Bremerhaven.

Zum vollständig öffentlichen Sektor gehören auch die vier Kliniken, die zum Haushaltsrisiko werden können, wenn sie es nicht längst sind. Gerade hat die SPD-Fraktion zur Debatte gestellt, dass die Häuser ihre Eigenständigkeit als GmbHs aufgeben und zu einer Einheitsgesellschaft umgeformt werden sollten. Sie gelten als die Bremserin. Warum?
Es sind nur Maßnahmen sinnvoll, die nachweisbar zu einer besseren Wirtschaftlichkeit der Kliniken führen. Mein Schwerpunkt ist in der Tat nicht die Frage der gesellschaftsrechtlichen Form. Für mich hat Vorrang, dass die Prozesse funktionieren – auch in den Krankenhäusern. Da gilt es alle Kraft hineinzustecken.